

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/039(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 15.01.2008	Altes Rathaus, Hansesaal	16:30 Uhr	18:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.07
- 4 Anfragen und Mitteilungen
 - 4.1 Sachstand zur Städt. Volkshochschule
 - 4.2 Volkshochschule, Magdeburg, Leibnizstr. 23
Stellungnahme zur Überprüfung der Wiederverwendbarkeit der
vorhandenen Behindertenrampe
Vorlage: I0002/08
- 5 Anträge
 - 5.1 Konzept "Rauchfreie Schulen"
Vorlage: A0149/07
 - 5.1.1 Konzept "Rauchfreie Schulen"
Vorlage: S0243/07

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Gunter Schindehütte

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Beratende Mitglieder

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Sachkundiger Einwohner Jens Rösler

Sachkundige Einwohnerin Sabine Wölfer

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Bernd Heynemann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die erste Sitzung des Jahres 2008. Die Beschlussfähigkeit ist zum Sitzungsbeginn nicht hergestellt. Ab 16.35 Uhr ist der Ausschuss mit 4 stimmberechtigten Stadträten beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die nach Freischaltung der Einladung erstellte Information 0002/08 des Eb KGm zur Überprüfung der Wiederverwendbarkeit der Behindertenrampe am neuen Standort der VHS in der Leibnizstraße unter TOP 4 zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Tagesordnung einschließlich dieses Vorschlages zu.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.07

Das Protokoll der Sitzung vom 11. Dez. 07 wird mit dem Abstimmungsergebnis **3 : 0 : 0** bestätigt.

4. Anfragen und Mitteilungen

- Als Sitzungsort für die Februar-Sitzung (12.02.) war ursprünglich die Grundschule Lindenhof mit Besichtigung nach Fertigstellung der IZBB-Maßnahmen vorgesehen. Da Rückzug der Schule, Schulbeginn nach den Ferien und Ausschusssitzung etwa zeitgleich liegen, wird der Ausschuss im März die GS Lindenhof besichtigen.
 - Herr Krüger, FBL 40, informiert die Ausschussmitglieder über den aktuellen Stand und die Eckwerte der Schulentwicklungsplanung (neue VO zur MitSEPl 2009/10 – 2013/14). Er berichtet über die Bestandsfähigkeit und Entwicklung der Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen (2007/08: ca. 10.000 Schüler an BbS; 2011/12: 6.300 Schüler). Am 16. Jan. findet im FB 40 eine Beratung mit den Berufsschulen statt; das Ergebnis wird dem Ausschuss mitgeteilt.
Herr Krüger informiert, dass zukünftig statt des Floating-Modells an Mehrfachstandorten bei Sekundarschulen 2 Schulen mit einer Unterschreitung von 60 Schülern, also 180 Schülern, möglich sind.
Herr Krüger bezieht sich auf die Entwicklung der Schülerzahlen an Sekundarschulen. Mit genauen Zahlen kann erst ca. März/April nach den Elternentscheidungen geplant werden.
- SR Canehl und SR Müller bitten um Ausreichung des Materials zum Schulentwicklungsplan. SR Schindehütte verweist darauf, dass es sich bisher erst um einen Entwurf handelt.
- SR Müller fragt, ob der Verwaltung Pläne zur Gründung einer Gesamtschule in freier Trägerschaft bekannt sind. Hierzu Herr Sengstock, FDL 40: Bisher liegt kein Antrag bzw. Konzept vor. Sollte ein Konzept dem FB 40 vorgelegt werden, würde die Verwaltung dies an das LVwA bzw. MK weiterleiten.

- SR Müller erfragt, ob die Verwaltung Kenntnis darüber habe, dass am Geschw.-Scholl-Gymnasium hinsichtlich der Perspektive Unzufriedenheit herrscht.
Nach Ansicht Herrn Krügers wird sich eine Unzufriedenheit vermutlich auf die Wegebeziehungen der Lehrer zwischen den beiden Standorten Apollostraße und Braunschweiger Straße beziehen. An den FB 40 wurden in dieser Hinsicht keine Probleme herangetragen.
- Eine weitere Frage des SR Müller betrifft den Sportbereich. Es gab Kritik über nicht zugängliche Schulsporthallen im Stadtteil Reform während der Ferienzeiten. Auch in der GS Nordwest standen Sportgruppen trotz fester Trainingszeiten vor verschlossener Sporthallentür.

SR Schindehütte gibt zur Kenntnis, dass er in dieser Angelegenheit bereits mit Frau Richter, zuständige FDL'n im FB 40, in Kontakt ist.

Nach Auskunft Herrn Krügers nutzen über 130 Vereine die Schulsporthallen, teilweise bestehen mit den Vereinen Schlüsselverträge. Es liegen Bücher aus, in denen die Vereine die jeweilige Hallennutzung ein- bzw. austragen bzw. Schäden dokumentieren.

Zur Einsparung von Betriebskosten und Absicherung des Urlaubsanspruchs der Hausmeister werden während der Ferienzeiten wie in Reform Hallen bei geringer Auslastung geschlossen und u. U. Sportler in andere Objekte umgelenkt. Hallen, in denen Wettkämpfe stattfinden, bleiben grundsätzlich auf.

- Herr Mewes, sachk. Einwohner, erfragt die Ausweichmöglichkeit für den Verein Stahl-Nord (Badminton) nach Beginn der Sanierung des Standortes der IGS „R. Hildebrandt“ über PPP. Herr Krüger teilt hierzu mit, dass die Planungen noch nicht so weit fortgeschritten sind, jedoch wird die Verwaltung im Zuge der Vorbereitung der PPP-Maßnahmen rechtzeitig nach Lösungen für die Vereine suchen.
- SR Müller erfragt den aktuellen Stand des baulichen Problems der Schwimmhalle Diesdorf. Herr Krüger informiert über die Stabilisierung der Träger als Provisorium für den Zeitraum von 2 Jahren; die Statik des Gebäudes lässt dies zu. Die Beschlussvorlage zur Sanierung wird im Frühjahr vorgelegt werden.
- SR Canehl erkundigt sich nach neuen Erkenntnissen bezogen auf die Maschinenhalle am Standort der BbS Am Krökentor. Er schlägt die Besichtigung dieser Halle im Rahmen einer Ausschusssitzung und Beisein des Schulleiters vor.
Herr Krüger: Anfang Januar erfolgte eine Beratung zwischen den PPP-Auftragnehmern, dem Eb KGm, dem FB 40 und Lehrern der BbS III. Die Maschinenhalle wurde nur durch ehem. Fachschule und durch die Universität genutzt, nicht durch die BbS III.
Das Raumprogramm der Schule ist nicht eingeschränkt.
Es ist gesichert, dass Objekte aus der Maschinenhalle das Technikmuseum übernimmt.

Auf Anfrage des SR Canehl nennt Herr Krüger die PPP-Standorte des Paketes 2:
Cracauer Straße, Leipziger Straße, Annastraße, Helmstedter Chaussee, Am Weinhof.

4.1. Sachstand zur Städt. Volkshochschule

SR Schindehütte moniert den kürzlich erschienenen Zeitungsartikel zum Umzug der VHS. Der Leiter der VHS, Herr Liebe, bedauert die Irritationen. Die VHS hat die Presse nicht eingeladen, sondern mitgeteilt, dass die VHS nun wieder erreichbar sei und den Anmeldebetrieb aufgenommen habe.

Der Umzug, so Herr Liebe, lief relativ problemlos. Am 11. Febr. beginnt der Kursbetrieb. Herr Liebe hebt die gute Zusammenarbeit mit dem Eb KGm hervor.

- 4.2. Volkshochschule, Magdeburg, Leibnizstr. 23
Stellungnahme zur Überprüfung der Wiederverwendbarkeit der
vorhandenen Behindertenrampe
Vorlage: I0002/08
-

SR Löhr kann sich mit der Stellungnahme zur Überprüfung der Wiederverwendbarkeit der Behindertenrampe nicht ganz zufriedengeben. Evtl. ist der Aufwand nicht so riesig und die Größenordnung des Höhenunterschiedes nicht unüberwindlich.

Der FBL 40 verweist auf einen im Finanzausschuss gestellten Änderungsantrag zum Haushalt, der den Einbau eines Fahrstuhls im neuen Domizil der VHS vorsieht.

Herr Wilke, zuständiger Mitarbeiter des Eb KGm, weist auf das Verhältnis von Aufwand und Nutzen hin. Die Höhendifferenz kann die vorhandene Rampe nicht bringen und müsste aufwändig umgebaut werden. Im Haus befindet sich im Moment noch keine Behindertentoilette und im Erdgeschoss lediglich 1 Unterrichtsraum, der von Behinderten genutzt werden kann. Auf die Anfrage des SR Schindehütte zum Stand der Planung des Aufzuges teilt Herr Wilke mit, dass zzt. noch keine Mittel bereitgestellt sind.

Nach Ansicht des Behindertenbeauftragten, Herrn Pischner, sollte die Rampe am Gebäude in der Leiterstraße verbleiben, da ein Abbau schwierig werden wird und für die künftige Nutzung des Gebäudes ebenso eine Behindertenrampe erforderlich ist. Die Lösung für die VHS in der Leibnizstraße, so Herr Pischner, kann nur der Aufzug sein.

Auf Anfrage des SR Canehl zur Ermittlung der Kosten teilt Herr Overmann, Eb KGm, mit, dass mit dem Bau eines Aufzuges auch eine behindertengerechte Toilette zugänglich sein muss.

SR Giefers erfragt die Kosten des Rückbaus der Rampe; diese hätten durch die Verwaltung vorgelegt werden müssen. Nach seiner Kenntnis steht die Rampe auf dem Grundstück des Jugendherbergswerkes.

Herr Wilke fügt an, dass gem. Auskunft des Liegenschaftsamtes das Haus einschließlich der Behindertenrampe verkauft worden ist. Diese Information, so SR Stage, hätte in der I0002/08 stehen müssen.

Der Ausschuss BSS nimmt die I0002/08 **zur Kenntnis**.

5. Anträge

- 5.1. Konzept "Rauchfreie Schulen"
Vorlage: A0149/07
-

SR Stage als Einbringer des Antrages übergibt den Ausschussmitgliedern einen Änderungsantrag, da sich der erste Satz aufgrund einer Gesetzesneuregelung (Nichtraucherschutzgesetz ab 01.01.08) ändert. Die Schulen sollen Unterstützung erhalten sowohl bei der Umsetzung des Gesetzes als auch bei der Einflussnahme auf die Jugendlichen, mit dem Rauchen aufzuhören bzw. dies einzuschränken.

SR Löhrl: Die Aussage, der OB solle ein Konzept erarbeiten, ist auch im ÄA geblieben. Die Schulen sind für Inhalte selbst verantwortlich. Es gibt bereits ein Netzwerk verschiedener Angebote.

Im Land Sachsen-Anhalt, so SR Stage, liefen Projekte relativ erfolglos im Vergleich z. B. zu Nordrhein-Westfalen. Die Stadt MD sollte Konzepte bündeln, nicht neu erfinden.

SR Schindehütte: Der AL 53, Dr. Hennig, hat versichert, an Projekten weiter mitarbeiten zu wollen.

Nach Ansicht des sachkundigen Einwohners Herr Rösler müssten die Zuständigkeiten beachtet werden; die Erarbeitung neuer Konzepte durch die Stadt ist nicht sinnvoll.

SR Müller sieht auch die Problematik des Antrages; auf die Umsetzung des Antrages sollten alle achten. Evtl. ist es sinnvoller, Dr. Hennig nochmals zu einer Ausschusssitzung einzuladen. Mit der Verabschiedung des Nichtraucherschutzgesetzes ist schon viel erreicht worden, aber auch gegen Alkoholmissbrauch und Drogenkonsum müsse vorgegangen werden.

SR Giefers sieht die Zuständigkeit auf der Ebene Kultusministerium, nicht auf kommunaler Ebene.

SR Löhrl schlägt eine Fragestellung im Landtag vor – evtl. über den sachk. Einwohner und Landtagsabgeordneten Herrn Mewes.

SR Schindehütte hält es für notwendig, zu klären, welche Verpflichtung die Stadt hat zur konsequenten Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes. Die Verwaltung sollte ein Anschreiben mit dem Gesetzesauszug an die Schulen schicken.

Der FBL 40 hält fest, dass die Umsetzung in den Kommunen zu regeln ist, z. B. über den Stadtordnungsdienst. Der Minister hat bereits an die Schulen geschrieben.

SR Stage: Die Freien Träger sollten Unterstützung geben, beispielsweise mit Info-Material.

Geschäftsordnungsantrag des SR Müller: *Die Abstimmung zum Antrag wird zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung, zu der Dr. Hennig eingeladen wird (gesonderter Tagesordnungspunkt).*

SR Giefers hält die nochmalige Verschiebung des Antrages nicht für notwendig. Er wird die Problematik in den GESO-Ausschuss mitnehmen.

SR Schindehütte folgt der Aussage des SR Giefers und wird Herrn Dr. Hennig umgehend informieren. (Hinweis: Während der Protokollerstellung wurde das Gespräch mit Dr. Hennig geführt.)

Abstimmungsergebnis zum A0149/07 in geänderter Form: **0 : 2 : 2**

5.1.1. Konzept "Rauchfreie Schulen"
Vorlage: S0243/07

Die Stellungnahme der Verwaltung wird **zur Kenntnis** genommen.

- Die nächste Sitzung des Ausschusses wird am 12. Februar im Hansesaal des Alten Rathauses durchgeführt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Schindehütte
Vorsitzender

gez. Grütznert
Schriftführerin